

T a g e s o r d n u n g

1. Mitteilungen
2. Umbesetzung von Ausschüssen
3. Verleihung von Verdienstzeichen der Stadt Feldkirch
4. Kultur Kongress Freizeit-Betriebe Feldkirch GmbH – Bericht zum Jahresabschluss per 31.12.2006
5. Anpassung von Gebühren und Beiträgen
6. Voranschlag der Stadt Feldkirch für das Jahr 2008
7. Voranschlag der Stadt Feldkirch Immobilienverwaltung KEG für das Jahr 2008
8. Voranschlag der Stadtwerke Feldkirch für das Jahr 2008
9. Senioren-Betreuung Feldkirch GmbH – Voranschlag und Tarife 2008
10. 2. Nachtragsvoranschlag der Stadt Feldkirch für das Jahr 2007
11. Abschreibung von Vermögensverlusten des Wohnaufonds des Landes Vorarlberg für die Jahre 2005 und 2006
12. Aufnahme von Landeswohnbauförderungsdarlehen
13. Haftungserklärung für die Stadtwerke Feldkirch im Rahmen des gesetzlichen Ökostrombezuges
14. Aufwertung Parkmünze zu einer Stadtbushfahrt
15. Förderung von Fahrradanhängern (Kikis) zum Personentransport
16. Wohnungsvergaberichtlinien neu
17. Anpassung des Flächenwidmungsplanes aufgrund einer Novelle zum Raumplanungsgesetz
18. Umwidmungen
19. Festlegung neuer Kanaleinzugsbereiche
20. Anmietung Geschäftslokal Herrengasse 14
21. Grundstücksangelegenheiten
22. Ermächtigung zur Entgegennahme von Barzahlungen

23. Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung der Stadtvertretung vom 9.10.2007

24. Allfälliges

Im Anschluss an die Fragestunde eröffnet Bürgermeister Mag. Berchtold die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er bittet um Vorziehung des Tagesordnungspunktes 10. „2. Nachtragsvoranschlag der Stadt Feldkirch für das Jahr 2007“, vor der Abhandlung des Punktes 6. „Voranschlag der Stadt Feldkirch für das Jahr 2008“. Gegen die abgeänderte Reihenfolge der Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

1. Mitteilungen

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt folgendes zur Kenntnis:

- a) Verkehrsplanung Feldkirch Süd, grenzüberschreitender ÖPNV und Fragen zum Thema Mobilität – Beantwortung der Anfrage von STR DI Schwarz in der Sitzung der Stadtvertretung vom 09.10.2007 (Schreiben an STR DI Schwarz vom 05.11.2007)
- b) Blendwirkung der Beleuchtung in der Sporthalle Reichenfeld – Beantwortung der Anfrage von STV Rietzler in der Sitzung der Stadtvertretung vom 09.10.2007 (Schreiben an STV Rietzler vom 15.11.2007)
- c) Am 23.11.2007 wurde dem Bürgermeister eine Petition (vom 07.11.2007) zum Mobilfunk mit 486 Unterschriften übergeben, welche sich an die Stadtvertretung von Feldkirch richtet.

Der Vorsitzende bittet um Spenden für das Hilfswerk Feldkirch, wobei auch die Möglichkeit besteht, auf das Sitzungsgeld oder einen Teil davon zu verzichten.

2. Umbesetzung von Ausschüssen

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt die vorliegenden Anträge zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

a) Sportausschuss:

**Bisher
Ersatz**

Walter Gohm

**Neu
Andrea Metzler**

b) Prüfungsausschuss:

**Bisher
Mitglied
Ersatz**

**Dietmar Schöch
Rita Reisch**

**Neu
Rita Reisch
Hans Peter Nigmann**

Finanzausschuss:

Bisher

Neu

1. Ersatz	Dietmar Schöch	Hans Peter Nigmann
Kulturausschuss:		
Bisher		Neu
1. Ersatz	Dietmar Schöch	Manuela Vonbrül
Jugendausschuss:		
Bisher		Neu
1. Ersatz	Dietmar Schöch	Andreas Rietzler

3. Verleihung von Verdienstzeichen der Stadt Feldkirch

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

In Anerkennung und als Zeichen der Dankbarkeit für den beispielhaften Einsatz um die in der Stadt Feldkirch verkörperte Gemeinschaft und die besonderen Verdienste als Funktionäre und Förderer des Sports wird Herrn OStR. Prof. Hans Kornexl das Verdienstzeichen der Stadt Feldkirch in Gold und Herrn Prof. Mag. Hans-Peter Schuler das Verdienstzeichen der Stadt Feldkirch in Silber verliehen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Mitgliedern der Stadtvertretung und gratuliert auf diesem Weg den beiden Ausgezeichneten bereits im Voraus.

4. Kultur Kongress Freizeit-Betriebe Feldkirch GmbH – Bericht zum Jahresabschluss per 31.12.2006

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtvertretung nimmt den Bericht der Kultur Kongress Freizeit – Betriebe Feldkirch Gesellschaft mbH zum Jahresabschluss per 31.12.2006 zur Kenntnis.

5. Anpassung von Gebühren und Beiträgen

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STV Allgäuer erklärt, man diskutiere über eine Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr um 2,7% und über eine Erhöhung des Beitragssatzes für die Kanalisationsbeiträge um 7,2%. Er habe den Vergleich gemacht und festgestellt, dass Feldkirch mit einem Betrag von 1,58 Euro/m³ wesentlich über den Abgaben der Marktgemeinde Rankweil liege, welche einen Satz von 1,15 Euro/m³ Abwasser verrechne. Dies betreffe das Jahr 2007. Dass die Erhöhung von 2,7% notwendig sei, werde damit begründet, dass das

Kanalnetz erneuert werden müsse und es seien Maßnahmen innerhalb der ARA Meinungen betreffend Technik usw. notwendig. Feldkirch verlange damit, ohne dass man die Erhöhung herannehme, ca. 30% mehr als Rankweil, wobei aber Rankweil auch innerhalb des Einzugsgebietes der ARA Meinungen liege. Außerdem gebe es in Feldkirch für Wirtschaftstreibende und Industriebetriebe keine Möglichkeit der Mengenfaltung oder eines Preisnachlasses. Er sehe hier keine Rechtfertigung für eine Erhöhung.

Die Stadtvertretung fasst mehrheitlich (gegen die Stimmen der FPÖ) folgenden Beschluss:

VERORDNUNG

der Stadtvertretung vom 18.12.2007 über die Festlegung der Kanalbenützungsgebühren

Gemäß Art 1 § 15 Abs 3 Z 4 FAG 2005 iVm dem 5. Abschnitt des Kanalisationsgesetzes, LGBL Nr. 5/1989 idgF, wird im Sinne der Kanalordnung der Stadt Feldkirch vom 21.12.1993 verordnet:

Der Gebührensatz beträgt

- a) für Objekte an Kanalanlagen, in die ungeklärte Abwässer eingeleitet werden dürfen, je m³ Abwasser € 1,62**
- b) für Objekte an Kanalanlagen, in die nur vorgeklärte Schmutzwässer eingeleitet werden dürfen, je m³ Schmutzwasser € 1,08**

Diese Verordnung tritt am 01.01.2008 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung über die Festlegung der Kanalbenützungsgebühren vom 12.12.2006 außer Kraft.

VERORDNUNG

der Stadtvertretung vom 18.12.2007 über die Festlegung des Beitragsatzes zur Berechnung der Kanalisationsbeiträge

Gemäß Art 1 § 15 Abs 3 Z 4 FAG 2005 iVm § 12 des Kanalisationsgesetzes, LGBL Nr. 5/1989 idgF, wird im Sinne der Kanalordnung der Stadt Feldkirch vom 21.12.1993 verordnet:

Der Beitragssatz gemäß § 10 Abs. 3 der Kanalordnung der Stadt Feldkirch wird ab 01.01.2008 mit € 28,60 festgesetzt.

Übergangsbestimmung:

Der durch Verordnung der Stadtvertretung vom 17.12.2002 festgelegte Beitragssatz von € 26,70 ist weiterhin anzuwenden

- a) für Grundstücke, die als Bauflächen oder als bebaubare Sonderflächen gewidmet sind und im Einzugsbereich eines vor dem 01.01.2008 betriebsfertig hergestellten Sammelkanals liegen und
- b) für Bauwerke und befestigte Flächen, die im Einzugsbereich eines vor dem 01.01.2008 betriebsfertig hergestellten Sammelkanals liegen und vor dem 01.01.2008 fertig gestellt sind.

Für die Berechnung der Vergütung für aufzulassende Anlagen werden die Durchschnittskosten je m³ Fassungsraum für Kläranlagen bei

a) Einfamilienhäuser mit	€ 359,00
b) Zweifamilienhäuser mit	€ 391,00
c) Mehrfamilienhäuser und Großanlagen	€ 359,00

festgesetzt.

Zu den angegebenen Beitragssätzen ist die Umsatzsteuer hinzuzurechnen.

Diese Verordnung tritt am 01.01.2008 in Kraft; gleichzeitig tritt die Verordnung der Stadtvertretung betreffend die Festlegung des Beitragssatzes zur Berechnung der Kanalisationsbeiträge vom 17.12.2007 außer Kraft.

6. 2. Nachtragsvoranschlag der Stadt Feldkirch für das Jahr 2007

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STV Dr. Diem bemerkt, auch beim ersten Nachtragsvoranschlag sei das Feldkirch Festival ein Bestandteil gewesen. Damals habe man die Aussage getroffen, dass die Reduzierung der Spieldauer des heurigen Festivals im zweiten Nachtragsvoranschlag Berücksichtigung finden werde. Dies sei jedoch nicht erkennbar. Verwunderlich sei außerdem, dass das Festival abgeschlossen sei, es aber zum derzeitigen Zeitpunkt immer noch nicht möglich sei, dies im Nachtragsvoranschlag zu berücksichtigen. Dies erinnere frappant an die Situation beim ersten Feldkirch Festival, wobei ebenfalls Ende Jänner die tatsächlichen finanziellen Aufwendungen dieses Festivals nicht bekannt gewesen seien. Man könne deshalb diesem Antrag die Zustimmung nicht erteilen.

STR Dr. Albrecht erwidert, dass das Budget über die WTG abgerechnet werde. Bei der WTG ende das Abrechnungsjahr am 31.12. Man wisse allerdings, dass nicht einmal 50% der kolportierten Kosten ausgegeben worden seien. Die Abrechnung könne aber ehrlicher Weise noch nicht vorliegen, da – wie er bereits erklärt habe – der Stichtag der 31.12. sei. Vorausschicken könne er aber, dass auf jeden Fall etwas zurück überwiesen werde. Dies wisse man bereits jetzt schon.

STV Dr. Diem stellt fest, dass die Stadt Feldkirch von sich aus eine Abgangsdeckung gewähre und somit auch entscheiden könne, selbstverständlich in Absprache mit dem Förderungsnehmer, wie viel dies sei. Es müsse auch ein Budget des Festivals vorgelegt haben, wo ungefähre Zahlen enthalten seien. Charakter eines Voranschlages sei, Zahlen zu schätzen, wobei die Abrechnung ein wenig vom Voranschlag abweichen könne. Die Kritik seiner Fraktion beziehe sich allein auf die Tatsache, dass zumindest ein Voranschlag vorliegen hätte müssen, auch wenn die Abrechnung noch nicht stattgefunden habe.

Die Stadtvertretung fasst mehrheitlich (gegen die Stimmen von Die Grünen - Feldkirch Blüht) folgenden Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt den 2. Nachtragsvoranschlag für das Jahr 2007 wie folgt:

		Einnahmen EUR	Ausgaben EUR
Ordentlicher Haushalt			
Mehreinnahmen			
Erfolgsrechnung	170.000		
Vermögensrechnung	0	170.000	
Mindereinnahmen			
Erfolgsrechnung	-200.000		
Vermögensrechnung	0	-200.000	
Mehrausgaben			
Erfolgsrechnung	215.800		
Vermögensrechnung	7.400		223.200
Minderausgaben			
Erfolgsrechnung	-92.400		
Vermögensrechnung	-157.000		-249.400
Zwischensumme		-30.000	-26.200
Außerordentlicher Haushalt			
Mehreinnahmen			
Erfolgsrechnung	0		
Vermögensrechnung	0	0	
Mindereinnahmen			
Erfolgsrechnung	-190.000		
Vermögensrechnung	-155.000	-345.000	
Mehrausgaben			
Erfolgsrechnung	0		
Vermögensrechnung	6.200		6.200
Minderausgaben			
Erfolgsrechnung	0		
Vermögensrechnung	-355.000		-355.000
Gesamtsumme		-345.000	-348.800
		-375.000	-375.000

Aufgliederung nach Gebarungsarten:

Erfolgsrechnung	-220.000	123.400
Vermögensrechnung	-155.000	-498.400
	-375.000	-375.000

Der 2. Nachtragsvoranschlag für das Jahr 2007 schließt daher ausgeglichen ab.7. Voranschlag der Stadt Feldkirch für das Jahr 2008

Bürgermeister Mag. Berchtold richtet das Wort an die anwesenden Schülerinnen und Schüler des Gymansiums und macht darauf aufmerksam, dass dies der wichtigste Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung sei. Es gehe um Einnahmen, vor allem aber Ausgaben, die die Stadt Feldkirch für das Jahr 2008 plane.

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Er beendet seinen Bericht mit dem Dank an die Kämmerei, besonders an Stadtkämmerer Dr. Willi Bröll und sein Team sowie Edgar Kuster für die visuelle Aufbereitung.

STR DI Schwarz meint, im Wahlkampf 2005 sei der Bahntunnel Süd ein „grünes Schwerpunktthema“ gewesen und damals als „grüne Träumerei“ abgetan worden. Im Jahr 2007 werde diese Bahntunnelvariante als ernsthafte ÖPNV-Version in Betracht gezogen. Auf der Stadtvertretung im März 2004 habe seine Fraktion beantragt, Feldkirch als fahrradfreundliche Stadt zu etablieren. Der Vorschlag, den Radanteil von derzeit 11% auf 20% bis in das Jahr 2015 anzuheben, habe bisher noch keine Zustimmung gefunden. Zur Erreichung dieses Klimaziels seien solche Modalsplitt-Verhältnisse eine ernsthafte Zielvorgabe. Die Erreichung dieses Klimaziels, grundsätzlich dieses Kyotoziels, sehe seine Fraktion nicht als sportliches Ereignis, sondern als Verpflichtung, dieses Vorhaben umzusetzen. Die Budgetanträge seiner Fraktion würden auch für 2008 das Ziel verfolgen, eine nachhaltige Mobilität als Alternative zum Auto in Feldkirch umzusetzen.

Er führe nur die wichtigsten Budgetanträge an, welche sich nicht im Voranschlag 2008 wiederfinden würden.

- a) Ein Realisierungskonzept für einen flächendeckenden Fahrrad-Gepäckzustelldienst in Zusammenarbeit mit dem ABF.
- b) Ein Umsetzungsplan für Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Einzugsbereich von Schulen. Eine Umsetzungsstrategie zu entwickeln, für eine Begegnungszone im Bereich des Schulzentrums Oberau. Hier stehe eine Generalsanierung an. Man habe Beispiele diskutiert und beim ersten Treffen bezüglich des Gesamtverkehrsplanes sei das Beispiel Köniz gefallen. Rankweil wolle ja auch einen Teil diesen Weg gehen.
- c) Die Stadt der kurzen Wege - einen Planungsansatz für einen Fuß- und Radsteg im Hämmerleareal.

Der Einsparungsvorschlag, zB das Einfrieren der Budgetposten für die Aufwendungen Feldkirch aktuell (Pressearbeit, Druckwerke, Repräsentationskosten) habe keinen Niderschlag gefunden. Diese Positionen hätten in Summe eine Steigerung von 37% gegenüber dem Jahr 2006 erfahren.

Das Fortschreiben der Abgangsdeckung von 350.000 Euro für das Feldkirch Festival sei sehr zu hinterfragen. Ursprünglich habe man sich das Ziel gesetzt, die Abgangsdeckung kontinuierlich zu senken. Aus Sicht der städtischen Einnahmen ein Muss. Das Fortschreiben der Abgangsdeckung zum Feldkirch Festival in dieser Höhe sei nicht zu rechtfertigen.

Damit Integration in Feldkirch nicht nur ein Schlagwort bleibe, brauche es neben einem integrationspolitischen Leitbild auch amtsinterne Strukturen, um die notwendigen Voraussetzungen zur Integrationsförderung zu schaffen. Die Forderung von Feldkirch Blüht nach einer eigenen Fachstelle für MigrantInnen sei von der ÖVP nicht aufgegriffen worden. Diese Fachstelle sei für Feldkirch Blüht ein wesentliches Element für eine Integration, die diesen Namen verdiene.

Die Kürzung des Budgets des Fraueninformationszentrums Femail von 25.000 auf 5.000 Euro spreche eine mehr als deutliche Sprache, welchen Stellenwert Frauenpolitik für die ÖVP einnehme. Frauen seien am österreichischen Arbeitsmarkt immer noch stark benachteiligt. Sie hätten nicht nur die schlechteren Jobs, sondern würden auch immer noch deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen verdienen, und das bei kontinuierlich steigender weiblicher Erwerbsquote – derzeit 67% im Jahre 2006. Zu diesem Schluss komme eine umfassende Studie zur Situation von Frauen und Männern in Österreich, der Statistik Austria. Auf diesen dringenden politischen Handlungsbedarf reagiere die Stadt Feldkirch mit für seine Fraktion nicht nachvollziehbaren Argumenten mit einer Kürzung des einzigen frauenspezifischen Budgetpostens. Aus diesen Gründen könne man dem Budget 2008 nicht zustimmen.

STR Dr. Albrecht stellt fest, man habe heute über ein Budget abzustimmen, welches wie alle Budgets an allen Ecken und Enden Wünsche offen lasse. In Anbetracht dieser Situation stelle sich die Frage, ob nicht Verschuldung zu Gunsten der Gemeinden verändert werden müsse oder sogar verändert werden könne. Er wiederhole sich da vom letzten Jahr, aber er müsse dies immer wieder sagen. Es gehe um die Streichung der Landesumlage. Sie betrage im Jahr 2008 1,58 Millionen, die man an das Land überweise. Es gehe auch um einen anderen Aufteilungsschlüssel beim Beitrag des Landes für den Sozialfonds und es gehe auch um einen anderen Finanzierungsschlüssel zum Beitrag des Spitalfonds. Das wäre eine Diskussionsbasis, die der Gemeindeverbandspräsident, also Bürgermeister Mag. Berchtold, einleiten könnte und hier gehe es nicht um Peanuts, sondern hier gehe es um tatsächlich sehr große Geldbeträge. Dabei habe eine Kommune wie die Bezirksstadt Feldkirch nicht nur die bisherigen Grenzen, sondern auch ihre Aufgabenbereiche im positiven Sinn überschritten. Da sei natürlich das Thema Raumplanung an erster Stelle zu nennen. Bekannt sei, dass die Vision Rheintal und vor allem auch die Vision Walgau von allen gut geheißen werde. Er denke, wenn hier eine vernünftige Zusammenarbeit zustande kommen würde, dass auch Problemfälle, wie zB XXX-Lutz fair und sachlich diskutiert werden könnten. Aber am positivsten am Zustandekommen dieses Budgets werte er, dass der Vorschlag, den seine Partei über Jahre eingebracht habe, nämlich das Budget offen und für alle Fraktionen zugänglich diskutiert werde und dass dies jetzt schon seit drei Jahren durchgezogen

werde. Er glaube dies sei eine Qualität, wie man sie in Feldkirch habe, die es nur noch an wenigen Orten gebe und im Land natürlich angestrebt, aber nicht erreicht werde. Für ihn gebe es gerade bei der Budgetdebatte aus diesem Grund zwei Formen, wie man sich von der Mehrheitsfraktion abgrenzen könne. Erstens das Budget ablehnen, oder zweitens, in den vier Budgetsitzungen möglichst viel einzubringen, vor allem in dem Ressort, für das man verantwortlich zeichne, das Budget bestimmend mit zu gestalten. Dies bedeute, den politischen Partner von den Wünschen der Partei, der Vereine, der von den Budgets Abhängigen, so zu überzeugen, dass auch die Mehrheitsfraktion diesen Voranschlägen zustimmen kann. Dabei seien oft jene Beträge wichtig, die wohl kaum im Gesamtbudget ins Gewicht fallen würden, aber als symbolische Gesten des Entgegenkommens gewertet werden könnten. Für die SPÖ Feldkirch seien sowohl die Jugendpolitik als auch die Integrationspolitik immer wichtige Themen gewesen. Man fordere daher dringend, dass auf raschestem Weg eine neue Perspektive für das Graf Hugo gefunden werde. Denn jedes Zögern bedeute letztlich Verlust von Werten, die in mühevoller Arbeit in den letzten Jahren aufgebaut worden seien. Nach jahrelangen Forderungen habe man nun einer Erhöhung von 165.000 auf knapp 200.000 zugestimmt. Allerdings nicht für die Projektkosten, sondern für die Anstellung eines Streetworkers. Ebenso fordere seine Fraktion die Jugendabteilung und ihre Verantwortlichen dazu auf, wieder mit dem Mühletor zusammenzuarbeiten. Positiv werde vermerkt, dass für die Wiedereinrichtung von Jugendtreffs Geld zur Verfügung stehe. Bezüglich der Kinderspielplätze habe es und gebe es immer wieder Kritik. Es müsse im eigenen Interesse der Stadt liegen, die Spielplätze auf ein Niveau zu heben, dass sie einem allgemeinen Standard entsprechen würden. Ein wichtiges Anliegen der SPÖ sei auch die Integrationspolitik. Die kleine Nikolausfeier für Asylwerber und Asylwerberinnen im Haus Abraham sei inzwischen schon zu einer beliebten Veranstaltung geworden. Ein kleiner, aber wichtiger Akt der Menschlichkeit. Integration bedürfe großer Anstrengungen aller Seiten. Jedoch sei seiner Partei wichtig klarzustellen, dass Integration ein Prozess der Gegenseitigkeit sei. Man erwarte von jenen, die bei uns Aufnahme finden, dass sie unser Rechtssystem und unsere Rechtsauffassung respektieren. Dies bedeute natürlich Trennung vom Missionsgedanken, Trennung von Religion und Staat und das Bekenntnis zu Toleranz und Pluralismus. Auf unserer Seite sei die Voraussetzung die Einführung des Bleiberechts und die Öffnung des Arbeitsmarktes. Ganz wesentlich sei, dass man sich verabschiede von der Idee, Anpassung und Assimilation seien gleichbedeutend mit Integration. Mit großer Spannung erwarte er den Vortrag von Dr. Navid Kermani zum diesjährigen Neujahrsempfang. Es gebe derzeit eine Arbeitsgruppe Schule Oberau. In diese müssen unbedingt Mitglieder des Jugend- und Schulausschusses integriert werden, um das umsetzen zu können, was in den Ausschüssen vorbesprochen und vorgeschlagen worden sei. Die SPÖ setze sich seit Jahren für eine Verbesserung der Situation für Pflegebedürftige und deren Angehörigen ein. Das Konzept „Gerne älter werden in Feldkirch“ sei ein gutes Konzept und die SPÖ habe dieses Konzept von Beginn an mitgestaltet und werde das auch weiterhin tun. Seine Fraktion habe allerdings auch jahrelang darauf hingewiesen, dass die Situation für die Pflegebedürftigen und deren Angehörigen verbessert werden müsse. Die aktuelle heftig geführte Diskussion belege dies allzu deutlich. Die Diskussion rund um die 24 Stunden Betreuung werde immer skurriler. Was zunächst von der ÖVP mitgetragen worden sei, werde jetzt genau von dieser ÖVP torpediert.

Einen Satz zur Presse müsse er noch sagen, ohne dabei auf die Presselandschaft in Vorarlberg überhaupt einzugehen. Wir, und da meine er alle drei Oppositionsparteien, hätten keinen Homer, der über unsere Taten berichte. Wenn seine Partei etwas über das Budget aus ihrer Sicht in der Zeitung lesen wolle, müsse man meistens ein Inserat schalten. Um auch als Opposition eine wirklich demokratische offene Möglichkeit zu Öffentlichkeitsauftritten zu erhalten, verlange seine Fraktion nun schon zum wiederholten Male eine statutare Festlegung der Möglichkeiten für Berichterstattung in den Rathausmedien. Dies müsse neu thematisiert werden, wozu die ÖVP ihre Zusage schon gegeben habe. Nur, es sei nicht durchgeführt worden.

Im Kulturbereich seien wichtige und wegweisende Entscheidungen getroffen worden. Was er besonders positiv vermerke, sei die Tatsache, dass das Feldkirch Festival nun eine eigene GesmbH geworden sei – eine Forderung seiner Fraktion seit die Idee des Festivals überhaupt aufgekommen sei. Dass es gerade nun zur Kritik gekommen sei, liege zuerst daran, dass einfach unreflektierte und nicht hinterfragte Zahlen an die Öffentlichkeit getragen worden seien, ohne entsprechende Informationen dazu. Dabei koste das Feldkirch Festival nicht einmal die Hälfte der kolportierten Summe, und in der Endsumme seien bereits Investitionen für die Zukunft enthalten. Der Schaden dieser Kampagne gegen dieses Feldkirch Festival sei immens. Derzeit sei eine Evaluierung der WTG im Gange, die als erstes Ergebnis erbracht habe, zu seiner großen Freude müsse er dazu sagen, dass das Feldkirch Festival in der WTG nichts zu suchen habe und es richtig gewesen sei, es auszugliedern.

Es sei ein guter Schritt gewesen, das inzwischen international bekannte Kinderfestival „Luaga und Losa“ nach Feldkirch zu holen. Niemandem habe man deswegen auch nur einen Cent von seinem Budget oder seinem Förderbeitrag abgezogen.

Dass sich Mut zu Neuem bewährt, zeige sich beim Musikkreis. Hier habe die Aufstockung der Förderung zu einem Qualitätssprung beigetragen und gerade das Programm dieses Vereins stehe auf hohem Niveau und das Geld dafür sei eine gute Investition in die Zukunft.

Auch die Zusage beim Saumarkt, wohl eine der wichtigsten Kulturinitiativen des Landes, die Förderung bis zum Jahr 2010 auf € 100.000 zu steigern sei ein Schritt in die richtige Richtung, weil damit größere Planungsfreiheit und offensive Kulturarbeit möglich werde. Die zuständige Fachabteilung des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur habe gemäß der Beiratsempfehlung dem Theater am Saumarkt eine Prämie für vorbildliche Kulturarbeit 2007 zuerkannt. Er gratuliere der Geschäftsführerin, die heute anwesend sei, recht herzlich.

Besonders erfreut sei er, dass sich der Saumarkt auch an der Aktion „Kulturpässe Gratis-Eintritt: Kultur für arme Menschen“ beteilige, und auf Betreiben des Theater Kosmos in Bregenz am 1. Februar 2008 starte. Er erinnere daran, dass im Kulturausschuss am 26. September 2006 einstimmig für alle Feldkircher Kulturvereine genau dieser Kulturpass beschlossen worden sei.

Das Gesamtbudget betrage gerundet 71 Millionen Euro. Davon würden auf den Bereich Kultur € 3.606.000,- entfallen, dies seien insgesamt gute 5%. Dabei seien für ihn nicht die buchhalterischen Endsummen wichtig, sondern das, was Vereine, Veranstalter und Kulturinitiativen tatsächlich erhalten würden. Und hier sei es wieder gelungen, Steigerungen zu erzielen. Auch die Infrastruktur sei mit den Planungen für das Montforthaus Neu auf gute Schienen gesetzt worden. Besonders wichtig finde er dabei, dass nun von der KKF ein Plan erarbeitet werde, was an Materialien und Ausrüs-

tung bei der Ausschachtung des Montforthauses dem Alten Hallenbad zugute kommen könne, um dessen Attraktivität zu erhöhen. Denn damit könne man endlich die vielen Wünsche der Nutzer, die derzeit teuer bezahlt werden müssen, erfüllt werden. Einer der Schwerpunkte 2008 im Kulturbereich werde sicher die Integrationsarbeit werden. Im Bereich der Kulturverwaltung unterstütze man Vereine, die entweder Bürger ihres Heimatlandes vertreten oder repräsentieren würden und die auch versuchen würden, ihre eigene Kultur zu pflegen. Die zweite von der Stadt genutzte Unterstützungsmöglichkeit sei, jene Vereine oder Veranstalter heimischer Provinienz zu unterstützen, die gemeinsam mit Fremden, d.h. ausländischen Gruppen, die sich in Feldkirch etabliert hätten, Veranstaltungen zu gestalten oder jene zu kulturellen Anlässen einzuladen, und ihnen so eine Plattform zu bieten. Die Kulturabteilung werde im laufenden Arbeitsjahr daher versuchen, die verschiedenen Gruppen einzuladen und mit ihnen auch Gemeinschaftsprojekte zu gestalten. Dies nicht nur, um ausländische Mitbürger und ihre Tätigkeit in den Vordergrund zu stellen, sondern um das heimische Publikum mit Sitten, Gebräuchen, Musik, Literatur etc. bekannt und vertraut zu machen. Denn erst durch das Verständnis wachse die Toleranz.

Zum Programm kino teile er mit, dass die Gespräche bezüglich Vorführungstechnik abgeschlossen seien. Es werde ein Vorführobjektiv beim Programm kino eingebaut, das die Qualität wesentlich verbessere. Die Wirtschaftsabteilung des Landes werde 5.000 Euro zusteuern, die restlichen 5.000 Euro teile sich die Kulturabteilung der Stadt Feldkirch und die Kulturabteilung des Landes. In diesem Zusammenhang gratuliere er Herrn Werner Gerold, Mitglied des Programmkinos Film im Theater am Sau Markt, der sich wie kein anderer für das Programm kino eingesetzt habe. Er habe für seine Arbeit das Bundesehrenzeichen 2007 erhalten. Als positiv vermerke er, dass im Sommer 2008 eine Ausstellung des Landesmuseums zum Thema „Gold und Silber im Mittelalter“ geplant sei. Gezeigt würden dabei Gegenstände, die zum Teil einzigartig und sicherlich in den nächsten hundert Jahren nicht mehr außerhalb der jeweiligen Museen gezeigt würden. Feldkirch habe nun die Einladung erhalten, sozusagen als Dependance des Landesmuseums einen Teil dieser Ausstellung von Ende Juni bis Ende September 2008 in der Johanniterkirche zu übernehmen und zu zeigen. Natürlich würden Kosten entstehen. Der Gewinn aus dieser Veranstaltung jedoch werde weit größer sein. Schließlich könne man mit etwa 15.000 bis 20.000 Besuchern rechnen. Die Werbung, die vom Landesmuseum euroaweit betrieben werde, rücke damit auch Feldkirch in ein besonderes Licht.

Zum Abschluss danke er nochmals Herrn Finanzstadtrat Matt für die Erstellung des heurigen Budgets. Getoppt allerdings würde so eine Sitzung, wenn jeder einzelne Bereich aufgerufen werden würde und die Personen, welche in den Ausschüssen sitzen, in dieser Dezembersitzung dazu immer einzeln Stellung nehmen könnten. Dies würde er sich unter einer Budgetsitzung vorstellen. Herzlich danken möchte er auch dem Stadtkämmerer Willi Bröll und seinem Team. So manches bedürfe noch der Verbesserung und auch mehr politischer Aufmerksamkeit und Förderung – nicht nur im Kulturbereich – dennoch sei er mit dem vorliegenden Budget nicht unzufrieden und deshalb werde seine Fraktion dem Voranschlag 2008 die Zustimmung geben. Denn wie sage Carl Ludwig Börne poentiert-witzig und sehr anschaulich: „Die meisten Menschen sind unzufrieden, weil die Wenigsten wissen, dass der Abstand zwischen eins und nichts weit größer ist, als der Abstand zwischen eins und tausend“.

STV Allgäuer erklärt, die Freiheitliche Fraktion werde dem vorliegenden Budget ihre Zustimmung erteilen. Obwohl einzelne Posten im Budget kritisch hinterfragt werden müssen, habe man nur die Möglichkeit ja oder nein zum gesamten Budget zu sagen. Die Schulden würden zwar etwas ansteigen, dennoch stünden immense Investitionen an, die sich auf die Budgets der kommenden Jahre auswirken würden. Beispielsweise das Montforthaus mit 40 Millionen Euro inkl. der Indexanpassung sowie das Schulzentrum Oberau mit ca. 10 Millionen Euro. Letzterem müsse seines Erachtens prioritärer Charakter eingeräumt und zuerkannt werden als Investition in eine Bildungseinrichtungen und damit als Investition in die Zukunft nachfolgender Generationen. Trotz, oder gerade aufgrund dieses künftig hohen Investitionsvolumens von nahezu 50 Millionen Euro müsse aber auch besonderes Augenmerk auf eine sparsame Gebarung im übrigen Haushalt gelegt werden. Ein Thema, das ihm wichtig sei, betreffe den Grundankauf von der Agrargemeinschaft Altenstadt mit einer Fläche von 52.000 m², der, so hoffe er, heute noch in einem späteren Tagesordnungspunkt beschlossen werde. Bei dieser Gelegenheit begrüße er auch den Obmann der Agrargemeinschaft Altenstadt, Günter Allgäuer, recht herzlich. Der Stadt Feldkirch biete sich dadurch die Möglichkeit, dem Motto Sportstadt Feldkirch, verstärkt gerecht zu werden. Mit dieser Fläche, die an das jetzige Waldstadion angrenze, werde Vorsorge für eine zukünftige positive Entwicklung dieser Sportstätten getroffen. Neben der Erstellung eines Sportstättenkonzeptes soll der langjährigen Forderung seiner Fraktion nach dem Bau eines Hallenbades endlich nachgekommen werden.

Mit dem künstlerischen Leiter Philippe Arlaud und Frau Mag. Marie Wolfram als neue Geschäftsführerin sei einem Feldkirch Festival wahrscheinlich eine positive Weiterentwicklung nicht abzusprechen. Dennoch sei er auch der Meinung, dass der angestregte jährliche Zuschuss der Stadt Feldkirch von 350.000 Euro an das Feldkirch Festival viel Geld bedeute. Man dürfe nicht Gefahr laufen, dass diese kulturelle Einrichtung wieder, wie in der Vergangenheit, zu einem Fass ohne Boden werde. Die Schaffung transparenter Kontrollmechanismen für die finanzielle Gebarung des Feldkirch Festivals stelle dabei eine Notwendigkeit dar. Durch die Gründung einer GmbH sei nicht mehr vorgesehen, dass alle Parteien der Stadtvertretung Einsicht in die Finanzierung des Festivals haben würden. Ein Antrag der Freiheitlichen Fraktion auf diesbezügliche Berücksichtigung im Sinne einer öffentlichen Kontrolle mit Sitz und Stimme in der GmbH sei leider mit den Stimmen der ÖVP und SPÖ abgelehnt worden. Seine Partei werde die Weiterentwicklung des Feldkirch Festivals auch nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit im Auge behalten. Einige ihrer Forderungen seien zwar im heute zu beschließenden Voranschlag nicht berücksichtigt, dennoch werde das budgetäre Gesamtwerk von den Freiheitlichen in dieser Form mitgetragen. Er erwarte sich jedoch ein Festhalten an einer konsequenten Budgetdisziplin, um die notwendigen finanziellen Spielräume für eine erfolgreiche Zukunft unserer Stadt auch weiterhin gewährleisten zu können. Ein Budget stelle immer einen Kompromiss dar. Bei diesem sollten aber nicht parteipolitische Motive im Vordergrund stehen, sondern vielmehr die gesellschaftspolitischen Herausforderungen, denen sich alle stellen müssten. Nachdem die Freiheitlichen der Auffassung seien, dass das vorliegende Budget für das Jahr 2008 in wesentlichen Bereichen gute Antworten finde, finde es auch ihre Zustimmung. Allen Verantwortlichen in den zuständigen Ressorts und Abteilungen des Rathauses sowie den Ressortverantwortlichen spreche er abschließend sei-

nen Dank für deren Einsatz, bei der nicht immer leichten Aufgabe der Erstellung des Budgets 2008, aus.

STR Dr. Lener meldet sich in ihrer Eigenschaft als Clubobfrau der ÖVP zu Wort und betont, dass Feldkirch Blüht das Budget für 2008 nicht mittragen wolle, sei bedauerlich. Sie glaube nämlich, dass dieses Budget in einem ganz besonderen Maße ausgewogen sei. Ausgewogen was die Zuteilung der Mittel für die einzelnen Ressorts betreffe und ausgewogen was die politischen Zielsetzungen betreffe. Sozial, familienfreundlich, ohne den Blick auf die Wirtschaftstreibenden zu verlieren, ökologisch, umweltbewusst und ambitioniert. Der Ankauf von 50.000 m² Waldfläche, bereits erwähnt, als Grundlage für die künftige Realisierung eines multifunktionalen Sport- und Erholungsgebietes. Der Umbau, die Sanierung der Schule Oberau sei ein sehr wichtiges Anliegen für ihre Fraktion. Das Wettbewerbs- und Planungsverfahren als Grundlage für die Errichtung eines neuen Montforthauses, das den Kulturträgern und Vereinen der Stadt eine neue kulturelle Heimat geben soll.

Große städteplanerische Vorhaben, wie beispielsweise die Entwicklung des Fehr- und Krimmerareals zwischen Altstadt und Bahnhof und das gemeinsam mit potenziellen Investoren. Den Gesamtverkehrsplan Neu, der im Zeichen der Bürgerbeteiligung stehe und ein gleichberechtigtes Miteinander aller Verkehrsteilnehmer zum Ziel habe. Die Fortsetzung der Bemühungen um das Schwerpunktthema Mobilität. Im kommenden Jahr werde Feldkirch die erste regionale Mobilitätszentrale in Vorarlberg einrichten, und zwar am Busplatz in geradezu idealer Positionierung. Erwähnen möchte sie nicht zuletzt auch Feldkirch als Stadt im Umweltverband. Gerade in diesem Zusammenhang wolle man sich nicht auf den vielen Preisen und Lorbeeren ausruhen, sondern in dieser Richtung weiterarbeiten. Sie sei also überzeugt davon, dass sich in diesem Budget die Zielsetzungen aller politischer Fraktionen wiederfinden und auch – und im Besonderen – die der grünen Partei. Was natürlich die nicht berücksichtigten Budgetwünsche von Feldkirch Blüht anlange, sei folgendes anzumerken: Auch die ÖVP stimme einem Radkonzept für Feldkirch zu. Allerdings werde dieses im Rahmen des Gesamtverkehrskonzeptes erarbeitet und nicht als unabhängige Expertise in Auftrag gegeben, weil letzteres nur neue Schnittstellen erzeugen würde, anstatt ein Verkehrskonzept aus einem Guss. Auch hätte ihre Fraktion nichts gegen eine Bahnhaltestelle in Tosters. Nur falle deren Einrichtung nicht in die Kompetenz der Stadt und darum mache es auch keinen Sinn, entsprechende Budgetposten dafür vorzusehen. Auch die ÖVP sei bereit, über eine 30km/h-Zone im Bereich von Schulen zu diskutieren, aber im Rahmen des Gesamtverkehrskonzeptes und nicht als Einzelmaßnahme. Ebenso offen sei man zur Frage der Einrichtung eines Gepäckdienstes. Vorerhebungen gebe es bereits. Man gehe aber davon aus, dass es sinnvoll wäre, sich die jetzt bestehenden Modelle in der Schweiz zunächst einmal genauer anzuschauen und dann über die künftige Mobilitätszentrale und die WTG weitere allenfalls erforderliche Aufträge zu erteilen. Die Fahrradbrücke beim Hämmerle-Areal habe man nicht priorisiert, weil das gesamte städtische Areal im Bereich Hämmerle noch nicht einmal bebaut sei. Das seien Zukunftsthemen, die im Budget des Jahres 2008 auch aus verständlichen Gründen nichts verloren hätten. Und schließlich gehe es auch noch um ein altes Thema – die berühmte Kiki-Förderung, welche nach entsprechenden Diskussionen bereits mehrfach verworfen worden sei. Ihre Fraktion sei dagegen, weil man der Meinung sei, dass es primär Aufgabe der Politik und der Stadtverwaltung sei, die Infrastruktur in Form von Radwe-

gen, Fahrradübergängen etc. so sicher zu stellen und zu optimieren, dass Feldkirch damit zur Stadt der Radfahrer werde. In dieser Hinsicht sei man zielstrebig unterwegs. Und damit unterstütze man alle Bürgerinnen und Bürger, die bereit seien, der Gesundheit oder der Umwelt zu Liebe oder aufgrund sonstiger Motive aufs Fahrrad umzusteigen. Ihre Fraktion glaube, dass erst in zweiter Linie die Setzung von Einzelmaßnahmen Aufgabe der Politik sei, nämlich in dem Sinne, dass man einzelne Personen finanziell unterstütze. Man sei auch der Meinung, dass der Markt für Kiki bereits ein dermaßen großer Gebrauchtmittelmarkt sei, dass es nicht mehr nötig sei, nach dem Gießkannenprinzip Einzelfälle zu fördern. Man sei gerne bereit, im Rahmen des Mobilitätsschwerpunktes nächstes Jahr – dieser Mobilitätsschwerpunkt sei ja immerhin mit 70.000 Euro dotiert – einen entsprechenden Bazar zu organisieren oder zu unterstützen. In diesem Sinne nehme sie bereits vorweg, dass ihre Fraktion dem Antrag von Feldkirch Blüht neuerlich über Kiki-Anhänger abzustimmen, nicht die Zustimmung gebe. Dass trotz dieses hohen Maßes an Konvergenz und Konsensbereitschaft die Zustimmung von Feldkirch Blüht im Budget nicht erfolge und dass es an Einzelmaßnahmen scheitere, nehme die ÖVP zur Kenntnis, aber nicht ohne anzumerken, dass man die Präsenz der grünen Partei gerade in Umweltfragen heuer weitgehend vermisst habe. Die Öffentlichkeitsarbeit der wichtigen Veranstaltungen im Jahr der Mobilität habe jedenfalls nicht Feldkirch Blüht, sondern die ÖVP gemacht.

STV Dr. Nussbaumer betont, sie weise den Pauschalvorwurf von STR DI Schwarz, dass Integration nicht nur ein Schlagwort bleiben soll, zurück. Dies sei es für Feldkirch überhaupt nicht – im Gegenteil. Man habe in den letzten zwei Jahren die Strukturen geschaffen, die Feldkirch benötige, um Integrationspolitik zu machen. Dies sei aber bekannt. Es gebe eine Fachstelle, das Netzwerk Feldkirch, das in der Verwaltung für Integrationsarbeit zuständig sei. Mit Frau Mag. Heike Sprenger, die aus diesem Fach komme, habe man eine kompetente Mitarbeiterin. Auch die politische Zuständigkeit sei durch Frau Vizebürgermeisterin Burtscher gegeben. Sie selbst sei Vorsitzende des Integrationsausschusses. Alle Stadträte, die irgendwie mit Integration zu tun hätten, weil Integration sei eine Querschnittsaufgabe, seien im Integrationsausschuss vertreten. Die Strukturen seien also insofern geschaffen. Man habe sich auch ganz klare Ziele gesetzt. Man wolle, dass alle Menschen, die in Feldkirch leben, sich wohl fühlen. Ihrer Fraktion sei es besonders wichtig, Möglichkeiten zu schaffen, um sich wohl zu fühlen, indem man auch ganz gezielt Sprachförderung anbieten wolle und zwar schon im ganz frühen Kindesalter, bei der Elternbildung schon ansetze, damit auch die Mütter Deutsch lernen. Dies werde ein neuer Schwerpunkt für das nächste Jahr. Man habe auch die Möglichkeit geschaffen, dass die Kommunikation gerade bei Jugendlichen stärker forciert werde durch das Projekt „Bunt kickt gut“. Bekannt sei auch das Lernprojekt „Inka“, das von der Stadt unterstützt werde. Und es gebe noch eine ganze Reihe von anderen Maßnahmen, die ganz normal in den anderen Abteilungen mitlaufen würden, die auch für Migrantinnen und Migranten da seien. Sie wolle diese Aussage also wirklich zurückweisen. Man nehme die Aufgabe sehr ernst und ihrer Fraktion sei es ein ganz wichtiges Anliegen, dass sich alle Menschen in Feldkirch wohlfühlen.

STR DI Schwarz meint, dass STR Dr. Albrecht das Programmkinos erwähne, finde er lobenswert. Was ihn äußerst nachdenklich stimme, sei die Tatsache, dass das Problem Programmkinos mit einem verbesserten Objektiv abgehandelt werde. Für seine Fraktion

sei ein Programmkino, wie auch ein Kulturkino mehr als nur das Konsumieren von Filmen, sondern sich zu informieren, zu diskutieren, mit Regisseuren zu sprechen und sich mit aktuellen Themen auseinanderzusetzen. Deshalb sei es für Jugendliche sicherlich verwunderlich, wie speziell von Seiten der SPÖ diese Arbeitsgruppe Programmkino auf das Abstellgleis gesetzt werde. Er hoffe, dass es sich wiederbelebe in Richtung Konzeptentwicklung.

Bezüglich der Wortmeldung von Frau Dr. Lener mache er darauf aufmerksam, dass einige, der von ihr erwähnten Budgetposten, seine Fraktion bereits im Jahr 2007 auf ihrer Liste gehabt hätten. Die Argumente seien teils sehr ähnlich gewesen. Speziell in der Entwicklung der sanften Mobilität beim Fahrrad sehe es seine Fraktion als Herausforderung, die Zielsetzung von 20% zu erreichen und zwar vor dem Jahr 2015. Die Stadt selbst habe sich 4%, das sei 1% über dem, was das Vorarlberger Verkehrskonzept definiere, als Ziel gesetzt. Dementsprechend seien auch die Maßnahmen, die gesetzt werden müssten.

STR Dr. Schöbi-Fink erklärt, das Femail sei eine Landeseinrichtung, die vor elf Jahren den Sitz in Feldkirch gesucht und auch gefunden habe. Die Stadt Feldkirch habe als einzige Gemeinde das Femail über die Standortförderung hinaus begleitet und zwar in den letzten Jahren mit einem Betrag von 25.000 Euro. Davor sei es mehr gewesen. Es sei dies eine Art der Startförderung gewesen. Mittlerweile habe sich das Femail etabliert, sei in einer Umbruchphase und werde im Jahre 2008 mit einem neuen Konzept tätig. Man gefährde diese Einrichtung nicht, die landesweit für Frauen wichtige Arbeit verrichte. Man gehe nur auf das zurück, was man auch anderen Einrichtungen als Standortförderung gewähre. Sie sei der Meinung, dass dies auch berechtigt sei. Es habe in der Vergangenheit Aufgaben gegeben, die das Femail sehrwohl für die Stadt Feldkirch erledigen hätte können. Diese Zusammenarbeit sei nicht zur Zufriedenheit aller gewesen, aber das Femail werde höchstwahrscheinlich trotzdem in Feldkirch bleiben und für alle Frauen in Vorarlberg tätig sein. Das Femail verrichte wichtige Aufgaben für das Land Vorarlberg, aber es sei nicht Aufgabe der Stadt Feldkirch, diese Einrichtung besonders zu fördern. Im Übrigen suche das Femail einen neuen Standort, neue Räumlichkeiten, und selbstverständlich unterstütze man die Einrichtung und habe auch schon Angebote unterbreitet. Allerdings sei die Raumvorstellung des Femail nicht ganz einfach zu befriedigen.

STV Furtenbach meint, die Stadt Feldkirch habe in den vergangenen Jahren etwas anderes bewiesen und das Argument, dass eine Landeseinrichtung – welche das Femail sei – nur eine Standortförderung bekommen soll, sei nicht nachvollziehbar. Es gehe sehrwohl bei einer Landeseinrichtung auch darum, dass eine Gemeinde oder Stadt ihren Beitrag dazu leiste, weil sie der Überzeugung sei, dass es eine gesellschaftspolitisch sehr wichtige Arbeit sei. Man spreche von 25.000 Euro, wobei man heute schon über Zahlen anderer Größenordnungen gesprochen habe. Erwähnen wolle sie die Stadt Bregenz, welche die Einrichtung der „Amazone“ mit einem erklecklich höheren Betrag fördere, weil es der Stadt ein Anliegen sei. Diese Einrichtung stehe allen Mädchen aus Vorarlberg zur Verfügung. Auch junge Frauen und Mädchen aus Feldkirch würden diese Einrichtung nützen. Das netteste was einem passieren könne, wenn man dies zum Thema mache, sei ein nachsichtiges Lächeln. Für Feldkirch blüht

seien aber frauenpolitische Maßnahmen und Frauenförderung ein ganz wichtiger Bestandteil.

STR Rainer Keckeis bedankt sich bei Finanzstadtrat Matt für die Budgeterstellung. Es sei ihm unter schwierigen Rahmenbedingungen gelungen, eine vernünftige Balance zu finden zwischen dem, was für Feldkirch notwendig sei und dem, was man sich leisten könne. Wünschen würde man sich viel mehr. Notwendig seien aber vor allem Investitionen in die Infrastruktur, Investitionen ins Montforthaus. Erfreulich sei auch, dass es fast gleichzeitig möglich sei, die Hauptschule Oberau einer Sanierung zu unterziehen. Dies sei eine große Kraftanstrengung, welche die Finanzsituation der Stadt Feldkirch über Jahre hinweg beanspruche. STR DI Schwarz habe erwähnt, es brauche den Radverkehr, zur Förderung des Radverkehrs Förderung der Infrastruktur. Auch ihm sei dies sehr wichtig und vor allem betreffe es auch sein Ressort. So werde zB in der Mutterstraße der komplette Belag neu gemacht, damit genau die Alltagsradfahrer mehr Komfort hätten und leichter und besser in die Innenstadt gelangen würden, obwohl der Straßenzustand rein technisch gesehen bei weitem noch nicht so sei, dass neu asphaltiert werden müsste. Das investiere man aber ganz bewusst. Ganz bewusst habe man auch Geld bereit gestellt für eine Investition in den Ausbau eines Radweges in der Runa. Dort scheitere es derzeit noch an den Grundbesitzern. Im Budget sei es aber vorgesehen und werde auch realisiert. Der Wille sei also vorhanden und auch die finanziellen Mittel würden bereit gestellt. Man gehe jetzt das zweite Mal in „das Jahr der Mobilität“. Man habe ganz bewusst einen Schwerpunkt gesetzt in sanfter Mobilität und Bewusstseinsbildung. Es sei dies eigentlich ein Weg, bei dem er gedacht habe, dass Feldkirch Blüht sehr gut mitgehen könne. Man spreche von einem Investitionsbudget von 47 Millionen Euro. Die Argumentation von Feldkirch Blüht drehe sich im Wesentlichen um peanuts. Selbstverständlich sei das Femail eine wichtige frauenpolitische Einrichtung. Das Femail sei eine Landeseinrichtung und werde auch von Landesgeldern finanziert. Auch die Arbeiterkammer sei bei der Gründung dabei gewesen und habe Starthilfe geleistet. Man sei dann ausgestiegen, als die Sache gelaufen sei. Dass sich Feldkirch hier zurückziehe auf eine Vorgangsweise wie bei anderen Einrichtungen, sei absolut gerechtfertigt. Anders wäre es, wenn dadurch die Institution gefährdet würde. Laut Landesrätin Grete Schmid werde das Femail nicht nur erneuert und umgebaut, sondern im Prinzip ausgebaut und mit neuen Aufgaben versehen. Dies sei auch ein wichtiges Signal, welches die Landespolitik setze. Man könne sich als Stadt Feldkirch aufgrund der Finanzlage nicht in alle wichtigen Dingen einbringen. Man müsse sich darauf konzentrieren, was für Feldkirch möglich sei. Er betone nochmals, dass sehr viele Sachen sicher wünschenswert wären. Er bedanke sich nochmals bei STR Matt, bei Herrn Bürgermeister Mag. Berchtold, vor allem auch bei Dr. Bröll als Stadtkämmerer, dem es immer wieder ganz hervorragend gelinge, ein Budget zusammenzustellen, welches, wie man hier sehen könne, auch weitgehendst einen gewissen politischen Grundkonsens bilde. Er finde es schade, dass es nie gelinge, dass Feldkirch Blüht sich diesem politischen Grundkonsens anschließe. Er empfehle, sich hier STR Dr. Albrecht als Beispiel zu nehmen, der sich ganz vehement als Kämpfer für die Kultur hervortue und auch Erfolge erziele. Vielleicht habe STR DI Schwarz es nicht so gemeint, aber er wolle klarstellen, dass das Geld, das Feldkirch für das Feldkirch Festival ausbebe, keine Defizitabdeckung sei, sondern eine Investition in die Kultur. Er sei stolz darauf und froh, dass man trotz einer angespannten Budgetsituation die finanziellen Mittel habe

für kulturelle Einrichtungen und hier auch investiere. Dies sei eine wichtige Investition auch in die Menschen dieser Region.

Vizebürgermeisterin Burtscher meint, STV Allgäuer habe mit seiner Bemerkung zum Feldkirch Festival, dass 350.000 Euro viel Geld sei, sicher Recht. Man sei sich dessen auch bewusst und man habe einstimmig diesem Festival unter der künstlerischen Leitung von Philippe Arlaud in dieser Qualität und dieser professionellen Art zugestimmt. Die Struktur sei professionalisiert worden, die Grundlagen seien vorhanden und man sei guter Dinge, dass das Festival auch den Erfolg haben werde, den man sich erhoffe. Dass die FPÖ dem Gesamtbudget dennoch zustimme, obwohl Skepsis und auch Kritik angebracht werde, finde sie sehr lobenswert. Das Feldkirch Festival sei aber ein Teil dieses Budgets. Es sei auch mehrfach erwähnt worden, dass das Budget ein Gesamtwerk sei. Und diese Sichtweise, nämlich die Gesamtsicht von Seiten der FPÖ und nicht die Detail- oder Einzelsicht, sei auch das richtige Verständnis der politischen Arbeit. Sie bedanke sich nochmals bei all jenen, die dieses Budget als Gesamtwerk der politischen Arbeit so sehen und verstehen würden.

Die Stadtvertretung fasst mehrheitlich (gegen die Stimmen von Die Grünen - Feldkirch blüht) folgenden Beschluss:

I. Die Stadtvertretung beschließt den Voranschlag für das Jahr 2008 wie folgt:

1. Einnahmen	Angaben in EURO	
a) Ordentlicher Haushalt:		
Einnahmen der Erfolgsgebarung	58.557.600	
Einnahmen der Vermögensgebarung	2.768.200	61.325.800
b) Außerordentlicher Haushalt:		
Einnahmen der Erfolgsgebarung	917.500	
Einnahmen der Vermögensgebarung	8.698.100	9.615.600
Summe		<u>70.941.400</u>
2. Ausgaben		
a) Ordentlicher Haushalt:		
Ausgaben der Erfolgsgebarung	55.785.700	
Ausgaben der Vermögensgebarung	5.540.100	61.325.800
b) Außerordentlicher Haushalt:		
Ausgaben der Erfolgsgebarung	251.000	
Ausgaben der Vermögensgebarung	9.364.600	9.615.600
Summe		<u>70.941.400</u>

Der Voranschlag schließt daher formell ausgeglichen ab.

II. Die Finanzkraft der Stadt Feldkirch gemäß § 73 Abs. 3 GG, LGBl. Nr. 40/1985 idgF beträgt für das Jahr 2008 EURO 36.179.200.

- III. Die Hebesätze für die Gemeindesteuern werden für das Jahr 2008 in der auf Seite 171 des Voranschlages angeführten Höhe festgestellt. Weiters werden für das Jahr 2008 die auf den Seiten 171-175 angeführten Gemeindesteuern, Abgaben, Gebühren und Beiträge, sowie die auf den Seiten 176-186 angeführten Entgelte für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen in der dort ausgewiesenen Höhe erhoben.**
- IV. Die Stadtkämmerei wird angewiesen, nach Erschöpfung eines Kreditansatzes weitere Auszahlungen zu Lasten der betreffenden Voranschlagsstelle erst im Falle einer erfolgten Bereitstellung eines zusätzlichen Kredites durch die nach dem Gemeindegesetz hierfür zuständigen Organe zu leisten.**
- V. Alle zur Erteilung von Aufträgen berechtigten Organe sind anzuweisen, Aufträge zu Lasten eines Ausgabenkredites 2008 nur zu erteilen, wenn eine vorherige Prüfung eindeutig deren Notwendigkeit und Dringlichkeit ergibt.**
- VI. Der Stadtvertretung wurde der mittelfristige Finanzplan für die Periode 2008 bis 2012 vorgelegt und von dieser zur Kenntnis genommen.**

Bürgermeister Mag. Berchtold stellt fest, es sei von den Vorrednern bereits die Qualität der Erstellung dieses Budgets ausdrücklich erwähnt worden. Unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer Fraktion sei es für Referenten und Stadträte möglich gewesen, sich mit ihren politischen Anliegen einzubringen. Und zwar in dem gewählten Verfahren, das sich bei der Stadt Feldkirch – wie STR Dr. Albrecht bereits ausgeführt habe – bestens bewährt habe. Für dieses engagierte Mitarbeiten und Einbringen bedanke er sich ausdrücklich bei STR Dr. Albrecht und STV Daniel Allgäuer. Letztlich gebe dies auch einen Gesamtüberblick über das Zahlenwerk, welches oft nur in Ziffern allein schwer zu verstehen sei. Er bedanke sich bei STR-Kollegen Matt für die politische Wahrnehmung dieser Aufgabe als Finanzstadtrat und ganz besonders auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Kämmerei unter dem Gruppenleiter Dr. Bröll.

Der Vorsitz wird von Vizebürgermeisterin Erika Burtscher übernommen.

8. Voranschlag der Stadt Feldkirch Immobilienverwaltung KEG für das Jahr 2008

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Das Budget der Stadt Feldkirch Immobilienverwaltung KEG für 2008 wird in der vorliegenden Form zur Kenntnis genommen und genehmigt.

9. Voranschlag der Stadtwerke Feldkirch für das Jahr 2008

STR Keckeis bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Das Budget der Stadtwerke Feldkirch (Strom und Betriebswirtschaft/Administration, Elektrotechnik, Wasser, Telekommunikation und Stadtbus) für das Jahr 2008 wird in der vorliegenden Fassung zur Kenntnis genommen und genehmigt.

10. Senioren-Betreuung Feldkirch GmbH – Voranschlag und Tarife 2008

STR Dr. Schöbi-Fink bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtvertretung nimmt den Voranschlag und die Tarife der Einrichtungen der Senioren-Betreuung Feldkirch Gesellschaft mbH für das Jahr 2008 zur Kenntnis.

11. Abschreibung von Vermögensverlusten des Wohnaufonds des Landes Vorarlberg für die Jahre 2005 und 2006

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtvertretung stimmt der Abschreibung des von der Stadt Feldkirch bis Ende 2006 dem Landes-Wohnaufonds gewährten Darlehens in Höhe von € 2.137.781,41 um € 1.032.382,53 auf € 1.105.398,88 im Wege der Umwandlung des abzuschreibenden Betrages in einen verlorenen Beitrag zu. Die Berücksichtigung bei den entsprechenden Haushaltsstellen erfolgt im Voranschlag 2008.

12. Aufnahme von Landeswohnbauförderungsdarlehen

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Feldkirch nimmt bei der Hypothekenbank Bregenz ein Landeswohnbauförderungsdarlehen für die Wohnhaussanierung Graf-Hugo-Wuhrgang 1, 1. OG links, in der Höhe von € 14.700,00 und für die Wohnhaussanierung Graf-Hugo-Wuhrgang 5, EG rechts, in der Höhe von € 11.800,00 zu folgenden Bedingungen auf:

**Wohnhaussanierung Graf-Hugo-Wuhrgang 1, 1. OG links:
Verzinsung und Tilgung des Darlehens erfolgt mit 5,3 % der vollen Darlehenssumme. Davon entfallen 0,5 % p.a. vom jeweiligen Darlehensrest auf Zinsen und das Übrige auf Rückzahlung. Auf diese Weise ist das Darlehen in 20 Jahren getilgt. Die jährliche Annuität beträgt € 786,24**

**Wohnhaussanierung Graf-Hugo-Wuhrgang 5, EG rechts:
Verzinsung und Tilgung des Darlehens erfolgt mit 5,3 % der vollen Darlehenssumme. Davon entfallen 0,5 % p.a. vom jeweiligen Darlehensrest auf Zinsen und das Übrige auf Rückzahlung. Auf diese Weise ist das Darlehen in 20 Jahren getilgt. Die jährliche Annuität beträgt € 632,64.**

13. Haftungserklärung für die Stadtwerke Feldkirch im Rahmen des gesetzlichen Ökostrombezuges

STR Keckeis bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Feldkirch übernimmt für die Stadtwerke Feldkirch gemäß dem Schreiben der OeMAG Abwicklungsstelle für Ökostrom AG, 1090 Wien, vom 26.9.2006 eine Garantie als Bürge und Zahler zugunsten der OeMAG in der Höhe von maximal Euro 275.615,19 mit einer Laufzeit vom 1.1.2008 bis 31.12.2008 bei der Österreichischen Kontrollbank AG, Wien.

14. Aufwertung Parkmünze zu einer Stadtbusfahrt

STR DI Schwarz bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STR Dr. Lener informiert, nachdem die ÖVP im Herbst des Jahres beschlossen habe, dem Thema Mobilität ab dem Jahr 2008 einen besonderen Schwerpunkt zu widmen und der Wunsch von Feldkirch Blüht in diese Richtung bekannt gewesen sei, habe sie sich bereits im Herbst erkundigt, ob es technisch machbar sei, die Parkmünze entsprechend aufzuwerten. Derzeit seien die Fahrscheinautomaten in den Stadt- und Landbussen für die Verwendung dieser Parkmünzen entsprechend programmiert. Wenn nunmehr der Wert der Münze auf eine Einzelfahrt erhöht werde, sei eine entsprechende Umprogrammierung erforderlich. Burtscher Sigi habe erhoben, dass die Umprogrammierung im Stadtbus rund 1.400 Euro plus Mehrwertsteuer kosten würde, die Umprogrammierung im Landbus rund 4.000 Euro. Diese Umstellung sei grundsätzlich über das Instandhaltungskonto des Stadtbusses abdeckbar. Nunmehr sei aber geplant, im Jahr 2008 neue Automaten anzuschaffen und Herr Burtscher habe mit der Firma TIG bereits ausgehandelt, dass unter der Voraussetzung, dass diese Automaten zu Jahresbeginn gekauft würden, die erforderliche Umstellung gratis erfolgen würde. Unter dieser Voraussetzung wäre eine Kostenersparnis von 5.400 Euro möglich. Die Umstel-

lung könne allerdings frühestens ab Mitte Januar 2008 erfolgen. Zu bedenken sei noch, dass eine Einzelfahrt für Kinder nicht 1,20 Euro betrage und die Gefahr bestehe, dass auf diese Art und Weise Bargeld aus den Automaten zurückgeholt werde. Dies müsse man beobachten. Weiters sei auch zu bedenken, dass jede Fahrpreisänderung neuerlich eine Umprogrammierung der Automaten nach sich ziehe und auch mit Kosten verbunden sei. Aber gerade im Rahmen des Mobilitätsschwerpunktes im Jahre 2008 sei es sicher eine gute Sache und die ÖVP werde diesem Antrag die Zustimmung erteilen.

STV Reisch meint, sie selbst sei Mitglied der Arbeitsgruppe Mobilität. Im Hinblick auf das zweite Jahr der Mobilität und zur Förderung dieser stimme auch ihre Fraktion dem Antrag zu, unter den von STR Dr. Lener genannten Voraussetzungen. Es bedürfe auch einiger finanzieller Mittel, dies umzusetzen.

Vizebürgermeisterin Burtscher hält dies für begrüßenswert und erklärt, dass sich die Experten mit den einzelnen technischen Details auseinandersetzen würden.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Eine Feldkircher Parkmünze wird zum Gegenwert einer Stadtbusfahrt in Feldkirch aufgewertet.

15. Förderung von Fahrradanhängern (Kikis) zum Personentransport

STR DI Schwarz bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STR Dr. Lener meint, sie habe es eigentlich schon vorweggenommen, dass ihre Fraktion der Meinung sei, dass es Aufgabe der Politik sei, die Infrastruktur einzurichten und nicht Einzelpersonen zu fördern. Selbst wenn man den sozialen Aspekt in Betracht ziehe, sei man der Meinung, dass eine Förderung nicht sinnvoll sei. Im konkreten Fall sei weder beantragt, noch sei es überhaupt möglich, die Förderung auf sozial bedürftige Familien zu beschränken. Der damit verbundene Verwaltungsaufwand sei viel zu groß. Dies würde bedeuten, dass man auch all jene fördern müsse, die sich lediglich für einen Sommeraktivurlaub einen Kiki-Rollroyce besorgen und dann eine Woche damit fahren würden. Den Rest des Jahres stehe dieser Kiki dann in der Garage. Man sei im Übrigen überzeugt davon, dass es einen entsprechend großen Gebrauchtmärkte gebe, dass also diese Förderung nicht wirklich sinnvoll sei und nur nach dem Gießkannenprinzip Einzelnen zu Gute komme. Sie schlage deshalb vor, den Antrag abzulehnen.

STV Reisch erklärt, sie würde es wichtig finden, diesen Antrag dem entsprechenden Ausschuss zuzuweisen und in der Arbeitsgruppe Mobilität nochmals darüber zu diskutieren. Auch mit dem Ziel, die Problematik der Personen zu erfahren, welche mit diesen Kikis unterwegs seien.

STR DI Schwarz meint, ein sogenannter Gebrauchtmärkte existiere in Feldkirch nicht. Der Erwerb eines gebrauchten Fahrradanhänger im Fachhandel sei nicht möglich. Es

gehe auch darum, einen gewissen Standard entsprechend der Verkehrsverordnung und der Sicherheit zu garantieren. Laut Verkehrsverordnung dürfe mit dem Fahrrad nur eine Person transportiert werden. Eine Mehrkinderfamilie sei also gezwungen, sich einen Fahrradanhänger zu besorgen, wenn sie nicht anders unterwegs sein wolle. Bei den Kikis die derzeit am Markt seien, handle es sich um Zweisitzer um einen Preis von 400 Euro und aufwärts. Die Kikis um den Preis von 200 bis 300 Euro würden nicht den gesetzlichen Vorgaben entsprechen.

STV Dr. Diem betont, er sei erfreut über die Zustimmung der gesamten Stadtvertretung zum vorangegangenen Tagesordnungspunkt. Man habe ein Zeichen gesetzt, dass Mobilität ernst genommen werde. Vielleicht sei dies auch bei diesem Punkt möglich, dass man den Antrag nicht ablehne, sondern den Vorschlag der Sozialdemokraten aufgreife, um im entsprechenden Ausschuss darüber zu beraten. Sinnvoll sei auch, andere Gemeinden zu kontaktieren, um zu erfahren wie dort mit diesem Thema umgegangen werde.

STR Dr. Lener erklärt, sie werde diesem Vorschlag zustimmen.

Vizebürgermeisterin Burtscher meint, die Anmerkung, dass die Zustimmung zum vorangegangenen Tagesordnungspunkt ein Zeichen sei, dass man Mobilität ernst nehme, beantworte sie damit, dass seit längerer Zeit das Thema Mobilität in Feldkirch nicht nur Schwerpunktthema sei, sondern eines der wichtigsten Themen. Und dies nicht erst seit der Zustimmung zum letzten Punkt.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Antrag wird an den Planungs- und Hochbauausschuss verwiesen.

16. Wohnungsvergaberichtlinien neu

STV Rietzler bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STR Dr. Schöbi-Fink erklärt, bei den Mustern der Vergaberichtlinien handle es sich um die Richtlinien der Stadt Bregenz. Bregenz habe eine komplett andere Wohnungsmarktsituation als Feldkirch. Sie wolle dies an einigen Beispielen aufzeigen, damit man auch wisse, wie sinnvoll oder sinnlos es wäre, in ganz Vorarlberg die selben Wohnungsvergaberichtlinien aufzugreifen. Man habe in Feldkirch ungefähr 2000 gemeinnützige Wohnungen, wovon 500 Mietkaufwohnungen und der Rest Mietwohnungen seien. Im Jahr vergebe man ungefähr 100 Wohnungen und in der Wohnungswerberkartei seien ungefähr 110 bis 120 Menschen, welche den Richtlinien der Stadt Feldkirch entsprechen würden. Dies bedeute, man vergebe in Feldkirch fast so viele Wohnungen im Jahr, wie Personen in der Wohnungswerberkartei geführt würden. Und damit unterscheide sich schon einmal grundlegend die Situation von Bregenz und Feldkirch. Bregenz habe zwischen 700 und 900 Wohnungswerber, welche den Vergaberichtlinien der Stadt Bregenz entsprechen würden. Bregenz vergebe ungefähr 300 Wohnungen pro Jahr. Da könne man sich ausrechnen, dass schon bei der Wartezeit ein Unterschied sei, diese also in Feldkirch natürlich viel kürzer sei. Es gebe

auch noch eine interessante Richtzahl und zwar den sogenannten primären Wohnbedarf. Dieser werde jährlich vom Land ermittelt. Diese Zahl gebe Auskunft darüber, ob in einer Gemeinde Bedarf an Neubauwohnungen im gemeinnützigen Bereich bestehe. In der Stadt Bregenz seien dies im Jänner 2007 220 gewesen, in Feldkirch 6, zum vergleichbaren Zeitpunkt. Man müsse daraus schließen, dass in Bregenz der Druck auf den gemeinnützigen Wohnungsmarkt viel höher sei, als in Feldkirch. Die Vergaberichtlinien für Feldkirch, welche zuletzt im Jahr 2001 überarbeitet worden seien, würden sehr gut funktionieren. Dies zeige auch die relativ gute Wohnsituation in Feldkirch. Wenn schon zwei Städte wie Bregenz und Feldkirch, die von der Einwohnerzahl nahezu ident seien, auch vermeintlich eine zumindest ähnliche Struktur aufweisen würden, nicht vergleichbar seien, was den Wohnungsmarkt anlange, so mache es für sie keinen Sinn, Wohnungsvergaberichtlinien anzupassen, oder gar auch über ganz Vorarlberg auszubreiten. Übrigens seien die Vergaberichtlinien der Stadt Bregenz zum Teil strenger, deutlich strenger, als die Vergaberichtlinien in Feldkirch. In Bregenz sei zB eine längere Aufenthaltsdauer gemäß den Vergaberichtlinien gefordert. Wenn in Bregenz eine objektiv zumutbare Wohnung angeboten und vom Wohnungswerber abgelehnt werde, werde dieser aus der Kartei gestrichen. In Feldkirch sei die Möglichkeit gegeben, drei Mal eine Wohnung abzulehnen. Sie frage sich, warum man strengere Richtlinien einführen solle, wenn man mit den bisherigen moderaten Richtlinien bisher gut gefahren sei. Sie schlage aber vor, in einem der kommenden Wohnungsausschüsse die Richtlinien zu überarbeiten. Dies sei deshalb sinnvoll, weil die letzte Überarbeitung der Richtlinien im Jahr 2001 erfolgt sei. Inzwischen hätten sich rechtliche Vorgaben geändert, die man zwar vollziehe, aber in den Richtlinien anders formuliert seien. Da gehe es um die Gleichstellung von EU-Bürgern und auch um Drittstaatsbürger, die aufenthaltsberechtigt seien. Sie schlage vor, dies im Wohnungsausschuss zu tun, könne sich aber nicht vorstellen, die Vergaberichtlinien der Stadt Bregenz zu übernehmen.

STV Rietzler meint, bei diesem Antrag gehe es nur um die Verweisung in den Ausschuss, und um eine Diskussion der vorgelegten Richtlinien. Er könne sich sehrwohl vorstellen, dass auch Punkte übernommen würden, zB was alleinerziehende Väter betreffe, die Kinder haben, welche nicht bei ihnen aufwachsen. Dies sei zB unter Punkt 2. der Unterpunkt t): Geschiedene ohne Wohnmöglichkeit die nachweisbar Unterhaltszahlungen und Alimente leisten und teilweise die Kinder betreuen. Diese würden in Bregenz auch Punkte erhalten und Berücksichtigung finden. In Feldkirch finde derzeit diese Punktevergabe nicht statt. Ziel eines Wohnungsausschusses sei es, die Wohnungsvergabe zu regeln und darüber zu diskutieren was sinnvoll wäre. Es könne nicht sein, dass nur die Stadträtin und der Bürgermeister einen schwarzen Wohnungsschacher in Feldkirch betreiben und die Wohnungen unter der Hand vergeben würden.

Vizebürgermeisterin Burtscher bittet Herrn STV Rietzler um eine gemäßigte Wortwahl. Es sei von Frau STR Dr. Schöbi-Fink sachlich erklärt worden, welche Punkte überarbeitet gehören und wie die Vergabe erfolge. Sie bitte darum sachlich zu bleiben.

STV Vaschauner meint, man habe sowieso dem schon stattgegeben was STV Rietzler gewollt habe, nämlich die Diskussion im nächsten Wohnungsausschuss. Die getätigte Aussage von STV Rietzler weise er auf das entschiedenste zurück. Wenn es um Wohnungsvergaben gegangen sei, habe man immer im Ausschuss gemeinsam und einstimmig die Vergabe vorgenommen. Man habe über jeden Fall, sofern man darüber alles sagen habe dürfen, gemeinsam und einstimmig entschieden. Und wenn im Einzelfall wirklich dringende Wohnungsvergaben gemacht worden seien, habe es sich um problematische Fälle gehandelt, bei denen man nicht abwarten habe können, bis der nächste Ausschuss tagt. Man habe darüber berichtet und vor allem aber schnell geholfen. Und um das gehe es auch. Wenn man künftig im Ausschuss darüber diskutiere, könne man dies ehrlich und sachlich machen, aber nicht in einer öffentlichen Sitzung behaupten, der Bürgermeister und die zuständige Stadträtin würden Wohnungen zu ihrem Wohl vergeben.

STV Furtenbach erklärt, ihre Fraktion schließe sich dem Vorschlag der Überarbeitung der Richtlinien im nächstmöglichen Wohnungsausschuss an.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Antrag wird an den Sozial- und Wohnungsausschuss verwiesen.

17. Anpassung des Flächenwidmungsplanes aufgrund einer Novelle zum Raumplanungsgesetz

STR Dr. Lener bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STV Dr. Diem stellt klar, entgegen dem Bericht von STR Dr. Lener sei dies im Planungsausschuss nicht einstimmig beschlossen worden. Er habe dem nämlich nicht zugestimmt. Feldkirch Blüth habe von Anfang an Bedenken gegen den Interspar in Altstadt geäußert und auch die Einkaufszentrumswidmung durch alle Instanzen abgelehnt. Wenn man jetzt diesem Antrag zustimme, würde dies einer nachträglichen Zustimmung gleichkommen. Aus diesem Grund werde auch der Antrag von seiner Fraktion abgelehnt.

STR Dr. Lener bestätigt, dass der Antrag im Planungsausschuss nicht einstimmig beschlossen worden sei.

Die Stadtvertretung fasst mehrheitlich (gegen die Stimmen von Die Grünen - Feldkirch Blüth) folgenden Beschluss:

Die Stadtvertretung der Stadt Feldkirch beschließt die Änderung des Flächenwidmungsplanes im Zuge der Anpassung aufgrund der Novelle des Raumplanungsgesetzes, LGBl. Nr. 23/2006 in der Weise, dass die in der in der Beilage befindlichen Tabelle genannten Flächen und Teilflächen wie dort beschrieben umgewidmet werden sollen.

Bürgermeister Mag. Berchtold übernimmt den Vorsitz.

18. Umwidmungen

STR Dr. Lener bringt den vorliegenden Antrag a) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

a) Die Stadt Feldkirch beschließt die Änderung des Flächenwidmungsplanes in der Weise, dass jeweils eine Teilfläche der GST-NR 1179/3 und GST-NR 1179/4, KG Tosters im Gesamtausmaß von ca. 26 m² von Freifläche – Landwirtschaftsgebiet in Baufläche – Wohngebiet umgewidmet werden soll.

STR Dr. Lener bringt den vorliegenden Antrag b) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

b) Die Stadt Feldkirch beschließt die Änderung des Flächenwidmungsplanes in der Weise, dass eine Teilfläche von GST-Nr. 5410, KG Altenstadt im Ausmaß von ca. 33 m² von Verkehrsfläche - Gemeindestraße in Baufläche – Mischgebiet umgewidmet werden soll.

19. Festlegung neuer Kanaleinzugsbereiche

STR Keckeis bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Verordnung
der Stadtvertretung vom 18.12.2007 betreffend die Festlegung von
Kanaleinzugsbereichen
Gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 des Kanalisationsgesetzes, LGBl.Nr.
5/1989 idGF, wird verordnet:
Für die ABA (Abwasserbeseitigungsanlagen) BA 01, 02, 07, 09, 12, 16,
28 und 40 werden ergänzende Kanaleinzugsbereiche gemäß den
Planbeilagen 1 – 8 vom 01.08.2008 festgelegt.**

20. Anmietung Geschäftslokal Herrengasse 14

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadt Feldkirch mietet das Erdgeschoss samt Keller und Vorplatz im
Hause Herrengasse 14 zu den im Antrag genannten Bedingungen.**

21. Grundstücksangelegenheiten

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag a) zur Kenntnis.

STV Allgäuer erklärt sich als Ausschussmitglied und Vorstandsmitglieder der Agrargemeinschaft Altenstadt für befangen.

Dr. Hannes Mähr erklärt sich aus Interessenskollisionsgründen für befangen.

Vizebürgermeisterin Burtscher bedankt sich in ihrer Funktion als Kinder-, Jugend- und Sportstadträtin bei all jenen, die am Zustandekommen dieses Grundkaufes beteiligt sind.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

a) Die Stadt Feldkirch hebt den Beschluss der Stadtvertretung vom 6.3.2007 bezüglich des Grundgeschäftes Stadt Feldkirch/Agrar Altenstadt auf und fasst folgenden neuen Beschluss:

Die Agrargemeinschaft Altgemeinde Altenstadt überlässt und übergibt rd. 52.000 m² Grund im Bereich Waldstadion aus GST-NR 2401/110, 2401/112, 5178/1 und 5178/2, alle KG Altenstadt, und die Stadt Feldkirch übernimmt diese Grundfläche im Tauschwege in ihr Alleineigentum. Die Stadt Feldkirch ihrerseits überlässt und übergibt rd. 52.000 m² (=gleich große Fläche wie im Waldstadion) aus GST-NR 2534/1 KG Göfis (Steinwald) und die Agrargemeinschaft Altgemeinde Altenstadt übernimmt diese Grundfläche ebenfalls im Tauschwege in ihr Alleineigentum. Es erfolgt eine Wertausgleichszahlung in Höhe von € 30,- pro m², welche die Stadt Feldkirch an die Agrargemeinschaft Altgemeinde Altenstadt zu leisten hat. Die Wertausgleichszahlung ist in 5 gleich großen Jahresraten zu bezahlen. Die Wertausgleichszahlung ist wertzusichern nach dem VPI 2005.

Die Stadt Feldkirch als Eigentümerin des GST-NR 2534/7 KG Göfis räumt dem jeweiligen Eigentümer des neugebildeten Grundstückes (rd. 52.000 m², neue Eigentümerin Agrargemeinschaft Altgemeinde Altenstadt) ein uneingeschränktes, unentgeltliches und unwiderrufliches Geh- und Fahrrecht über GST-NR 2534/7, wie im beiliegenden Lageplan dargestellt ein und erklärt sich ausdrücklich damit einverstanden, dass diese Dienstbarkeit in der bezughabenden Einlagezahl im Grundbuch einverleibt wird.

Im Übrigen erfolgt der Grundtausch zu den im Antrag genannten und bei der Stadt Feldkirch üblichen Bedingungen.

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag b) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

b) Die Stadt Feldkirch erwirbt von Emanuel Berchtold, wohnhaft in 6710 Nenzing, Dorfstraße 5 und von Eveline Herstelle geb. Berchtold, wohnhaft in 6710 Nenzing, Am Gräble 5, deren jeweilige Miteigentumsanteile am GST-NR 1160 derzeit vorkommend in EZ 3264 Grundbuch 92102 Altenstadt mit einem Ausmaß von 3.158 m² zum Preis von € 77,- pro m², somit zum Gesamtpreis von € 243.166,-, sodass die Stadt Feldkirch Alleineigentümerin dieser Liegenschaft wird. Der Kaufpreis wird binnen 8 Tagen nach Verbücherung des Rechtsgeschäftes fällig. Die Nebenkosten des Grunderwerbes hat die Stadt Feldkirch zu tragen. Im Übrigen erfolgt der Erwerb zu den im Antrag genannten und bei der Stadt Feldkirch üblichen Bedingungen.

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag c) zur Kenntnis

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

c) Die Stadt Feldkirch erwirbt von der Marktgemeinde Frastanz den Hälfteanteil am GST-NR 3941 mit 4.050 m² vorkommend in EZ 3040 Grundbuch 92106 Frastanz I zum Preis von € 436,-, sodass sie Alleineigentümerin dieser Liegenschaft wird. Die Stadt Feldkirch übernimmt sämtliche Nebenkosten im Zusammenhang mit dem Erwerb. Im Übrigen gelten die im Antrag genannten und bei der Stadt Feldkirch üblichen Bedingungen.

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag d) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

d) Die Stadt Feldkirch verkauft an Welte, Irrasch und Brunner OEG, Beim Gräble 6, 6800 Feldkirch, das GST-NR 5474/1 mit 503 m² u.a. vorkommend in EZ 601 Grundbuch 92102 Altenstadt zum Preis von € 120,- pro m². Welte, Irrasch und Brunner OEG räumt der Stadt Feldkirch das grundbücherlich sicherzustellende Vorkaufsrecht an der kaufgegenständlichen Liegenschaft ein und die Stadt Feldkirch nimmt dieses Recht zur Kenntnis und an.

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag e) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

e) Die Stadt Feldkirch verkauft an Lackinger Gerhard GmbH (FN 301271 x), Queräckerweg 2, 6800 Feldkirch, eine Teilfläche im Gesamtausmaß von rd. 1.050 m² aus GST-NR 1262 vorkommend in EZ 325 und GST-NR 1263 vorkommend in EZ 651, beide Grundbuch 92102 Altenstadt lt. beiliegendem Lageplan zum Preis von € 215,-

pro m².

Lackinger Gerhard GmbH räumt der Stadt Feldkirch das grundbücherlich sicherzustellende Vorkaufsrecht an der kaufgegenständlichen Liegenschaft ein und die Stadt Feldkirch nimmt dieses Recht zur Kenntnis und an.

Die Stadt Feldkirch behält sich im Sinne des § 1068 ABGB ausdrücklich das Recht vor, die kaufgegenständliche Liegenschaft wieder zurück zu kaufen, wenn die Käuferin nicht innerhalb von 2 Jahren (ab Unterfertigung des Vertrages) ein Bürogebäude auf der kaufgegenständlichen Liegenschaft errichtet und in Betrieb genommen hat. Lackinger Gerhard GmbH erklärt sich mit diesem Vorbehalt des Wiederkaufsrechtes einverstanden und willigt ausdrücklich in die Einerleibung dieses Wiederkaufsrechtes auf der entsprechenden Grundbuchseinlage ein, dies auch über einseitiges Einschreiten der Stadt Feldkirch.

Im Übrigen erfolgt das Grundgeschäft zu den im Antrag genannten und bei der Stadt Feldkirch üblichen Bedingungen.

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag f) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

f) Die Stadt Feldkirch verkauft an „JP“-Liegenschaftsverwertungs GmbH (FN 263969 s), Marktplatz 7a, 6800 Feldkirch, das GST-NR 59 mit 240 m² u.a. vorkommend in EZ 596 Grundbuch 92105 Feldkirch zum Preis von € 700,-- pro m².

Die Stadt Feldkirch behält sich im Sinne des § 1068 ABGB ausdrücklich das Recht vor, die kaufgegenständliche Liegenschaft wieder zurück zu kaufen, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren (ab Unterfertigung des Vertrages) ein Baubescheid für ein Impulszentrum auf der kaufgegenständlichen Liegenschaft vorliegt. „JP“-Liegenschaftsverwertungs GmbH erklärt sich mit diesem Vorbehalt des Wiederkaufsrechtes einverstanden und willigt ausdrücklich in die Einerleibung dieses Wiederkaufsrechtes auf der entsprechenden Grundbuchseinlage ein, dies auch über einseitiges Einschreiten der Stadt Feldkirch. Im Übrigen erfolgt das Grundgeschäft zu den im Antrag genannten und bei der Stadt Feldkirch üblichen Bedingungen.

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag g) zur Kenntnis.

STV Lingenhölle erklärt sich für befangen.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

g) Die Stadt Feldkirch stimmt einer Realteilung der GST-NR 948, 949, 950, 951, 952, 953 und 954, alle KG Altenstadt zu. Der der Stadt

Feldkirch aus den vorgenannten Grundstücken zustehende Flächenanteil im Ausmaß von 2.213 m² wird zur Schaffung eines neuen Grundstückes herangezogen, welches dann die Stadt Feldkirch als Alleineigentümerin übernimmt.

Im Gegenzug überlässt und übergibt die Stadt Feldkirch Miteigentumsanteile an den GST-NR 948, 949, 950, 951, 952, 953 und 954 im Zuge der Realteilung dergestalt, dass Lingenhölle Liegenschaftsverwaltungs GmbH Alleineigentümerin einer Liegenschaft im Ausmaß von 11.215 m² wird.

Im Übrigen erfolgt die Realteilung zu den im Antrag genannten und bei der Stadt Feldkirch üblichen Bedingungen.

22. Ermächtigung zur Entgegennahme von Barzahlungen

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

In der Abteilung Bürgerservice sind folgende Bedienstete zur Entgegennahme von Barzahlungen an die Stadt Feldkirch gem § 79 Abs 3 GG. ermächtigt.

Corn Christl

Fiel Paul

Fink Sabrina

Gamon Bruno

Gamon Helga

Himmer-Klien Karin

Lagler Stephan

Leonhartsberger-Schrott Anita

Matt Karoline

Sailer Sara

Scheidbach Eveline

Schieder Ingrid

Sinz Thomas

Strauß Wolfgang

Diese Ermächtigungen sind mit 19.12.2007 wirksam. Gleichzeitig treten früher erteilte Ermächtigungen außer Kraft.

23. Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung der Stadtvertretung vom 9.10.2007

STR DI Schwarz bittet um Korrektur auf Seite 49, dritter Absatz. Richtig sei bei der Ortskerngestaltung eine Budgetüberschreitung von 50% und nicht wie im Protokoll angeführt um 15%.

Unter Berücksichtigung dieser Änderung wird die Niederschrift genehmigt.

Allfälliges

STV Dr. Diem erklärt, der EKZ-Widmung XXX-Lutz würden offenbar wegen eines fehlerhaften Verkehrsgutachtens falsche Beurteilungskriterien zu Grunde liegen. Statt ca. 500 bis 700 Fahrten pro Tag seien es in etwa 1.100. Die Spitzenbelastung pro Stunde spreche von ca. 90 statt 175. Er habe durch alle Instanzen der EKZ-Widmung nicht zugestimmt. Er habe nun folgende Fragen:

Hätte die Stadt Feldkirch die EKZ-Widmung auch dann beantragt, wenn die höhere Verkehrsbelastung bekannt gewesen wäre?

Ist von Seiten der Stadt Feldkirch geplant, die projektmäßige Widmung, die durch falsche Zahlen zustande kam, prüfen zu lassen?

Bürgermeister Mag. Berchtold bemerkt, er hätte sich gewünscht, dass zumindest die Feldkircher Vertreter der grünen Fraktion die Argumentation des Rankweiler Gemeinderates Metzler, der bewusst falsche Zahlen verwendet habe, nicht, bzw. nicht ungeprüft übernommen hätten. Es handle sich dabei um eine Interpretation mit Vertauschen von Fahrten und Fahrzeugen. Es sei ganz klar, dass es bei 540 Fahrzeugen 1.080 Fahrten gebe. Dies hätte man nachvollziehen und wenn man gewollt hätte, auch akzeptieren können. Allerdings werde die politische Agitation der sachlichen Argumentation vorgezogen. Dies meine er in Richtung Rankweil. Ihm sei es wichtig, dies in diesem Kreise richtig zu stellen, damit es in der Diskussion, so wie sie öffentlich geführt werde, von den Mitgliedern der Stadtvertretung in diese Richtung auch klar gestellt werden könne.

STV Lingenhölle regt an, im WTG-Büro Erlagscheine für Einzahlungen an das Hilfswerk aufzulegen.

STR DI Schwarz erklärt, er wolle nochmals auf das beschlossene Protokoll zurückkommen, worin festgehalten sei, *dass STV Vaschauner ihn zu einem Besuch in die Schule einlade, bevor derartige Aussagen, wie dass das Podest nur zwei mal jährlich genutzt werde, getätigt würden. Er habe es am Vortag gemeinsam mit dem Bauamt erlebt, wie froh die Schule – sprich Schuldirektor und die Lehrerschaft – über dieses Podest seien.* Er habe nachgefragt: Der Lehrkörper der Volksschule Gisingen-Sebastianplatz – dies seien also über 20 Lehrpersonen – könne sich nicht erinnern, je eine positive Stellungnahme zum Podest beim Schulhof abgegeben zu haben. Vielmehr werde seit Jahren ein Regenschutzdach für die über 230 Schülerinnen und Schüler gewünscht. Im gesamten Bereich gebe es keine Überdachung, weder für die Kinder noch für Fahrräder. Er habe schon öfters „Geschichten“ gehört, aber wenn eine solche Aussage überhaupt keinen Wahrheitsgehalt habe, dann gehöre sie auch nicht hier her.

STR Dr. Rederer widerspricht dem, denn er habe sehrwohl vom Direktor der Schule vernommen, dass er dieses Podest schätze. Er werde ihn aber dazu befragen.

STR DI Schwarz betont, dies sei die Stellungnahme des Lehrkörpers.

STV Dr. Diem meint, der zeitliche Ablauf der Sitzung sei heute sehr gut. Er könne sich noch an Sitzungen erinnern, welche bis fast Mitternacht gedauert hätten. Seine Frage

bzw. Anregung evtl. für das übernächste Jahr wäre, ob es nicht sinnvoll wäre, drei Sitzungen nach der Sommerprause vorzusehen.

Bürgermeister Mag. Berchtold stellt fest, man habe bisher immer gute Erfahrungen gemacht mit einer Planung über den Zeitraum eines Jahres. Dies insbesondere für Sitzungen des Stadtrates und der Stadtvertretung. Es sei aber ausdrücklich immer auch gesagt worden, dass bei Bedarf diese Planung und die darin vorgesehenen fünf Sitzungen der Stadtvertretung um zusätzliche Sitzungstermine erweitert werden können. Die heutige Sitzung bestätige im Grunde auch die Richtigkeit dieser Vorgehensweise, weil es gelungen sei, 24 Tagesordnungspunkte inklusive Voranschlag der Stadt Feldkirch in drei Stunden abzuwickeln. Er nehme dies durchaus auch als Kompliment an die Verwaltung, weil die Vorbereitung der einzelnen Tagesordnungspunkte sehr gut sei. Damit könne man sich wirklich auf die Auseinandersetzung mit den Themen auf politischer Ebene konzentrieren. Bei Bedarf bestehe aber durchaus die Möglichkeit einer zusätzlichen Sitzung, zu welchem Termin auch immer.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Mitgliedern der Stadtvertretung sowie all jenen, die als Ersatzmitglieder in den verschiedenen Ausschüssen mitgearbeitet haben, für die geleistete Arbeit im zu Ende gehenden Jahr. Man dürfe über das Jahr 2007 zufrieden bilanzieren bei einer Bewertung der politischen Arbeit, welche man als Mandatäre in Feldkirch anvertraut bekommen habe.

Die Schriftführerin

Der Bürgermeister